



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Thimme, Friedrich: Der siebente Kanzler

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Der siebente Kanzler

Von Dr. Friedrich Thimme



Die Regierungskrise, von der in diesen Blättern vor vierzehn Tagen die Rede war, hat, wie vorauszusehen, zum Regierungswechsel geführt. Am 2. November hat der Kaiser an Stelle von Herrn Dr. Michaelis, dessen Kanzlerschaft kaum hundert Tage überdauert hat, den Vorsitzenden des bayerischen Staatsministeriums Grafen Georg Hertling zum Reichskanzler und preukischen Ministerpräsidenten ernannt. Der Ernennung waren langwierige Verhandlungen zwischen dem ausserlorenen Kandidaten und den Führern der Reichstagsparteien, vor allem der sogenannten Mehrheitsparteien, einschließlic der Nationalliberalen, vorausgegangen, die den Zweck hatten, eine gemeinsame Plattform für die Regierung und eine möglichst große Mehrheit des Reichstages zu schaffen, um so eine Wiederkehr der unerträglichen, unserem Ansehen im In- und Auslande so höchst schädlichen Regierungskrisen auszuschließen. Es scheint, daß ein solches Einvernehmen sowohl in bezug auf die auswärtige wie auf die innere Politik erreicht ist. In der auswärtigen Politik wird auch hinfort die Antwort auf die Papstnote die Richtlinie bleiben; ohnehin ist ja Graf Hertling, der bekanntlich als bayerischer Bundesratsbevollmächtigter dem Ausschuß des Bundesrats für auswärtige Angelegenheiten präsiidierte, seit Kriegsbeginn einer der vornehmsten Träger unserer ganzen Kriegspolitik gewesen. In der inneren Politik ist die rasche Durchführung der preukischen Wahlrechtsreform, die Aufhebung der politischen Zensur, die schärfere Abgrenzung zwischen Militär- und Zivilgewalt, die Schaffung von Arbeitskammern und der freiheitliche Ausbau des Koalitionsrechtes zur Basis genommen worden. Es scheint, daß ein Teil der Mehrheitsparteien anfänglich noch weitergehende Wünsche vertreten hat, die auf eine Anerkennung der Beschlüsse des Verfassungsausschusses und namentlich auf die Aufhebung des neunten Paragraphen der Reichsverfassung (nach dem Mitglieder des Bundesrats nicht zugleich Reichstagsmitglieder sein dürfen), abgezielt haben dürften. In diesem Punkte aber hat Graf Hertling, der, wie man weiß, von je für die vollste Aufrechterhaltung des föderativen Grundgedankens der Reichsverfassung eingetreten ist, und der folglich von der Einführung von Reichsministern, überhaupt von der Parlamentarisierung nichts wissen wollte, nicht nachgegeben. Wohl aber hat er sich bereit gezeigt, die engere Fühlung zwischen Regierung und Parlament, die schon Herr Dr. Michaelis durch die Übernahme mehrerer Parlamentarier in die Reichs- und Staatsregierung angestrebt hatte, durch die Berufung weiterer Parlamentarier in die Regierung zu befördern. Es scheint kaum noch zweifelhaft, daß sowohl der Posten des Vizekanzlers, den bisher Staatssekretär Helfferich inne hatte, wie der Posten des Vizepräsidenten des preukischen Staatsministeriums, der in den Händen des Staatsministers von Breitenbach lag, mit hervorragenden Parlamentariern aus der Freisinnigen Volkspartei und den Nationalliberalen besetzt werden sollen. Auch der sozialdemokratischen Partei ist, wie verlautet, ein Staatssekretariat angeboten worden, leider vergebens, leider, denn es wäre nur erwünscht gewesen, wenn die auf dem Würzburger Parteitage ausgesprochene freudige Mitverantwortung am Staate alsbald in Wirklichkeit umgesetzt wäre. Ganz aus

geschlossen von dem Eintritt in die neue Regierung scheinen nur die „Konservativen von rechts und links“, wie Scheidemann sie neulich mit blutigem Sohne nannte, bleiben zu sollen. Sie müssen es auch wohl, weil die Konservativen von rechts der Mehrzahl der in dem vereinbarten Regierungsprogramm enthaltenen Reformen, insbesondere dem vom Könige feierlich zugesagten gleichen Wahlrecht in Preußen grundsätzlich widerstreben, die Konservativen von links, d. h. die Unabhängigen Sozialdemokraten aber dem Staatswesen überhaupt mit absoluter Verneinung gegenüberstehen.

Über die Tragweite des Regierungswechsels wird man erst dann ein halbwegs sicheres Urteil fällen können, wenn die Neubesetzung der höchsten Regierungsämter abgeschlossen und die davon noch abhängige Stellungnahme der verschiedenen Parteien zur Regierung zu übersehen sein wird. Daß die Tragweite unter allen Umständen eine sehr große, vielleicht eine epochemachende sein wird, kann schon jetzt keinem Zweifel unterliegen. Auf allen Seiten, rechts wie links, herrscht die Empfindung vor, daß die Entwicklung vom „Obrigkeitsstaat“ zum Volksstaat, vom bürokratischen zum parlamentarischen Regime einen sehr großen Schritt getan hat. „Die Parlamentarisierung ist im besten Gange“, schreibt die „Deutsche Tageszeitung“. In vollem Einklang damit heißt es im „Vorwärts“: „Die moderne Form der parlamentarischen Regierung hält in Deutschland ihren Einzug.“ Die „Kreuzzeitung“ will das freilich nicht gelten lassen, sie meint, daß die Kanzlerkandidatur des Grafen Hertling unter sachlichen und persönlichen Ausnahmeverhältnissen stehe, die sie also nicht als einen Präzedenzfall für kommende Zeiten gewertet sehen möchte. Im allgemeinen überwiegt in der Presse doch die Auffassung, daß wir an einem Wendepunkt preußisch-deutscher Geschichte stehen.

Uns scheint es ein müßiges Spiel mit Worten zu sein, wenn vornehmlich darüber gestritten wird, ob wir mit der Ernennung des Grafen Hertling bereits auf dem Wege oder gar mitten in Parlamentarismus und Demokratie stecken. Parlamentarismus und Demokratie sind zwei hohle Schlagwörter von einer höchst vagen und unbestimmten Bedeutung, die wir am besten ganz aus dem Spiele lassen sollten. Bei der Regierungskrise handelte es sich doch wahrhaftig nicht um die theoretische Frage des Regierungssystems, sondern um die höchst konkrete Frage: wie kommen wir zu einer Regierung, die das volle Vertrauen der großen Mehrheit des Reichstages und damit auch des Volkes besitzt und aus diesem Vertrauen gleich dem Antäus der griechischen Sage stets von neuem Kraft und Zuversicht schöpft? Daß die einseitige Ernennung des Kanzlers durch die Krone, unter Zurateziehung unverantwortlicher Ratgeber solches Vertrauen nicht schafft mindestens nicht sichert, hat die Kanzlerschaft Michaelis' mit nur zu peinvoller Deutlichkeit gezeigt. Aus dieser offen zutage liegenden Erfahrung heraus war hier vor vierzehn Tagen der Wunsch ausgesprochen worden, daß bei dem bevorstehenden Kanzlerwechsel das Wort von dem Volkskönigtum der Hohenzollern seine letzte, und höchste Weiße in einem gemeinsamen Suchen von Krone und Volk nach dem großen Staatsmanne finden möge, der unser aller Sehnsucht ist. Der Kaiser hat in der Tat mit einer Selbstverleugnung, die ihm zur höchsten Ehre angerechnet werden muß, diesen Weg eingeschlagen, indem er denjenigen Staatsmann, zu dem er für seine Person, nicht etwa erst seit heute, sondern schon in der Julikrise das größte Maß von Vertrauen hatte, nicht gleich

von sich aus ernannte, ihn vielmehr erst veranlaßte, durch Verhandlungen mit den Parlamentariern festzustellen, ob er neben dem vorhandenen Vertrauen der Krone auch das Vertrauen und den sicheren Beistand der Mehrheit der Volksvertretung zu gewinnen vermöge. Wieso die Vereinbarung eines Regierungsprogramms zwischen dem designierten Kanzler und der Reichstagsmehrheit eine Preisgabe königlicher Rechte involviere, wie auf seiten der Rechten behauptet worden ist, ist nicht wohl einzusehen; tatsächlich behielt der König es ja bis zuletzt in der Hand, die einzelnen Punkte dieses Programms, die übrigens seinen eigenen Anschauungen und Wünschen mindestens zum großen Teil entsprechen dürften, anzunehmen oder zu verwerfen. Die Genehmigung des Programms stellt auch keineswegs eine unzulässige Bindung der Krone für die Zukunft dar; es bleibt ihr ja immer die Möglichkeit, durch eine Entlassung des Kanzlers die Ausführung des Programms zu sistieren. Auf der anderen Seite aber wird doch durch die Vereinbarung eines festen Regierungsprogramms eine Klarheit, Offenheit und Stetigkeit des Regierungssystems herbeigeführt, an der es bisher nur zu sehr gemangelt hat. Unvorhergesehene Krisen, wie wir sie nun schon wiederholt schaudernd erlebt haben, werden, da die Reichstagsmehrheit der Regierung ein ausgesprochenes Vertrauen entgegenbringt und dieses Vertrauen gewiß nicht gleich bei irgendeinem Zwischenfall fahren lassen wird, nahezu ausgeschaltet sein. Man wird auch annehmen dürfen, daß die Parteien, die bisher immer in der Richtung weitgehender Verfassungsreformen auf die Regierung drückten, jetzt, wo sie genau wissen und im voraus billigen, was die Regierung tun will, dieser Zeit und Ruhe gönnen werden, um das vereinbarte Programm in der bestmöglichen Weise durchzuführen. Ein solcher Zustand bedeutet keine wesentliche Verschiebung des Gleichgewichtsverhältnisses zwischen Regierung und Parlament und erst recht keine Parlamentsherrschaft, bedeutet vielmehr die Anbahnung, vielleicht die Herstellung einer vollen Harmonie zwischen Fürst und Volk, in der unsere besten und edelsten Geister von je das eigentliche Problem unserer Zukunft sehen wollten. Gar keinem Zweifel kann unterliegen, daß der Kaiser und Graf Hertling in der Art, wie sie die Kanzlerkrise unter Mitwirkung des Parlaments zu lösen suchten, dem leuchtenden Ideal des Volkskönigtums der Hohenzollern näher zu kommen trachteten.

Freilich die konservativen und vaterlandsparteilichen Blätter beharren dabei, in der Heranziehung der Parlamentarier zur Beilegung der Kanzlerkrise eine Preisgabe der monarchischen Autorität und Machtfülle zu sehen. Wieder und wieder liest man, daß das Ansehen der Krone geschwächt, ja zerrüttet worden sei. Unseres Erachtens kann von einer moralischen Einbuße der Monarchie gar keine Rede sein. Es könnte das höchstens bei denjenigen Kreisen der Fall sein, die sich bisher ihres monarchischen Gefühls vorzugsweise rühmten. Sollte aber auf dieser Seite eine Einbuße stattfinden, so wird sie mehr als ausgeglichen durch eine Zunahme des monarchischen Gefühls in den breiten Schichten des Volkes, deren Vertrauen und Liebe zu dem Träger der Krone nur gestärkt werden kann, wenn sie sehen, wie sehr es diesem darum zu tun ist, alle trennenden Schranken zwischen sich und dem Volke niederzulegen und den erwählten Vertretern des Volkes ein weitgehendes Vertrauen zu schenken.

Man wird die Hoffnung nicht aufzugeben brauchen, daß die Vertreter unserer rechtsstehenden Parteien von der schiefen und verzerrten Auffassung der Dinge,

die sich in ihren Blättern kundgiebt, wieder zurückkommen werden. Sie müssen sich doch sagen, daß die Ernennung eines Kanzlers ohne Fühlungnahme mit der Volksvertretung, wohl gar eines Diktators aus den Reihen der Rechten selbst, nur neue und schwerere Konflikte heraufgeführt haben würde. Sie müssen sich sagen, daß ein Bruch zwischen der Krone und der Volksvertretung der Anfang des Verderbens gewesen wäre. Sie werden, wenn sie ehrlich sein wollen, sich auch nicht mehr verbergen können, daß sie an der jüngsten Entwicklung, die sie so sehr mit Entsetzen erfüllt, ein gerütteltes Maß von Schuld tragen. Haben unsere rechtsstehenden Parteien denn nicht durch die Art, wie sie gegen Herrn von Bethmann Hollweg Sturm liefen, die Autorität der Regierung selbst in einer nie wieder gut zu machenden Weise untergraben? Haben sie nicht den Linksparteien ein Beispiel gegeben, wie man die Stellung eines mißliebigen Kanzlers, mag er auch noch so sehr der Vertrauensmann der Krone sein, untergräbt und unmöglich macht? Heute würden unsere einsichtigen Konservativen sicherlich viel darum geben, wenn sie den Sturz Herrn von Bethmann Hollwegs wieder rückgängig machen könnten; denn es ist völlig klar: wir ständen heute nicht da, wo wir stehen, wenn Herr von Bethmann Hollweg am Ruder geblieben wäre. Die Entwicklung würde sich langsamer, organischer vollzogen haben, statt daß wir jetzt auf einmal einen großen und unvermittelten Sprung tun, dessen Folgen, segensreich, wie sie vielleicht sein mögen, sich noch nicht übersehen lassen. Es liegt ein Stück rächender Nemesis darin, daß erst die schwere, kaum überwundene Krisis, in der wir uns eigentlich schon seit dem Abgang Herrn von Bethmann Hollwegs befunden haben, unseren rechtsstehenden Parteien die Verdienste und die großen Eigenschaften dieses Mannes zum Bewußtsein bringt. Sie hofften durch den Sturz Bethmann Hollwegs zu gewinnen und siehe da, sie haben viel, unendlich viel verloren. Heute stehen sie fast hoffnungslos in einer Isolierung da, die ihnen nur noch den Anschluß an die Konservativen von links, um noch einmal das Scheidemannsche Wort zu zitieren, läßt, es sei denn, daß sie endlich die Zeichen der Zeit zu verstehen lernen. Schon ist es klar, daß die Nationalliberalen, die durch ihre Teilnahme an den interfraktionellen Besprechungen sich den Anschluß an die Mehrheitsparteien sichern, sich dem Hertlingschen Regierungsblock fest einfügen werden. Die Annahme des Postens als Vizepräsident des preukischen Staatsministeriums durch den Führer der nationalliberalen Landtagsfraktion Geheimrat Friedberg wird zweifellos bedeuten, daß die nationalliberale Partei sich geschlossen auf den Boden des gleichen Wahlrechts, überhaupt auf den Boden des vereinbarten Regierungsprogramms stellt. Vielleicht gibt das doch unseren Konservativen Veranlassung, es sich noch einmal auf das ernstlichste zu überlegen, ob ihre Politik nicht auf verhängnisvollen Irrwegen gewandelt ist. Wir sind überzeugt, daß Graf Hertling, der ja eine durchaus konservativ gerichtete Natur ist, ihnen unbeschadet des einmal festgelegten Regierungsprogramms nach Möglichkeit goldene Brücken bauen würde. Sollte es aber denkbar sein, daß die gemäßigten Konservativen in den großen Regierungsblock einträten — wir haben leider wenig Hoffnung, daß sie es tun werden —, so würde erst das uns jenen neuen Burgfrieden sichern, den uns Hindenburg so eindringlich gepredigt hat und der in der Endphase des Krieges schließlich unentbehrlich scheint.

Wie nun aber sich auch das Verhältnis der einzelnen Parteien zu der neuen Reichs- und Staatsleitung gestalten wird, soviel darf zuversichtlich gehofft werden, daß die Ara Hertling unter einem wesentlich glücklicheren Stern stehen wird als die Episode Michaelis. Dafür bürgen schon die Qualitäten des neuen Reichskanzlers, der als ein langjähriger gewiegter Parlamentarier und Parteiführer von großer diplomatischer Gewandtheit und ausgesprochenem Vermittlungstalent ein Meister der parlamentarischen Taktik ist und sich als solcher ja auch schon in den parlamentarischen Verhandlungen vor seiner Ernennung bewährt hat. Ob wir in ihm den großen Staatsmann erblicken dürfen, der unser aller größte Sehnsucht ist, das vermag heute niemand zu sagen. Manches wird gegen ihn angeführt: sein hohes Alter, seine Eigenschaft als überzeugter Katholik und als ein Süddeutscher, der mindestens in den preußischen Verhältnissen nicht zu Hause sei, hier und da auch sein freundschaftliches, nie verleugnetes Verhältnis zu Herrn von Bethmann Hollweg. Uns scheinen alle diese Bedenken nicht durchschlagend zu sein; jedenfalls sollten sie, nachdem einmal die Ernennung zum Reichskanzler erfolgt ist, zurückgestellt werden. Wahrhaft verhängnisvoll würde es sein, wenn von protestantischer Seite der Katholizismus Graf Hertlings gegen ihn ausgespielt würde. Leider machen sich ja seit der Aufhebung des Jesuitengesetzes und der Papstinote vereinzelt kulturtämpferische Regungen bemerklich, die nicht scharf genug verurteilt werden können. An dem hohen Gut des konfessionellen Friedens, der durch die treueste Gemeinschaft von Protestanten und Katholiken im Weltkriege über jeden Zweifel und jede Anfechtung in unseren Herzen verankert sein sollte, darf unter keinen Umständen gerüttelt werden. Wir möchten vielmehr hoffen und vertrauen, daß die Eigenschaft Graf Hertlings als Katholik und als Süddeutscher ein neues Band zwischen den Konfessionen einerseits, zwischen Nord- und Süddeutschland andererseits werden möge; nichts Geringeres erwarten wir von seiner Klugheit. Graf Hertling hat schon als bayerischer Ministerpräsident oft in den eindringlichsten Worten zur Einigkeit und Geschlossenheit aller Volksklassen gemahnt. Nun ist er an den Platz gestellt, der seinen Worten, zu denen sich heute wieder die ernststen Mahnungen des Kaisers und Hindenburgs an Volk und Parlament gesellen, noch mehr Gewicht verleiht. Wir wollen es glauben, daß hinter solchen Worten die Fähigkeiten, der starke Wille und die Kraft zum Zusammenhalten und zum Einigen stehen, so daß aus den Worten Tat und Wirklichkeit werde. Wir vertrauen, denn heute ist unser Vertrauen Pflicht. So wollen wir unser Möglichstes tun, um den neuen Kanzler zu stützen, denn neben Glauben tritt auch das Helfen an dem schweren Werk als sittliche Pflicht.

